17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Schluss mit der Politik des Misstrauens im Kampf gegen Rechts – rechtswidrige Extremismusklausel streichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus spricht sich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den staatlich geförderten Projekten und Netzwerken gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Berlin aus. Die sogenannte „Demokratieerklärung“ des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist damit unvereinbar.

Der Senat wird aufgefordert, der Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur Streichung der „Demokratieerklärung“ (Bundesrats-Drucksache 260/12) beizutreten.

Begründung:

Mit der sogenannten „Demokratieerklärung“, welche Voraussetzung für die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus durch die Bundesregierung ist, müssen sich die Träger zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Zudem müssen sie sich verpflichten, dafür Sorge zu tragen, dass sich auch Projektpartner wie andere Organisationen oder Referenten den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.

Das Land Berlin hat sich von Anfang an aktiv gegen die Einführung der „Demokratieerklärung“ beim Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gewandt.

Die Verpflichtungserklärung ist nicht nur ein Ausdruck von Misstrauen des Staates gegenüber den Projektträgern. Sie führt auch bei den Trägern zu Misstrauen untereinander, fordert sie doch die gegenseitige Verdächtigung und Überprüfung. Für die Gewährleistung des Ziels, dass nur Projektträger unterstützt werden, die sich für Demokratie im Sinne des Grundgesetzes einsetzen, ist die „Demokratieerklärung“ weder geeignet, noch erforderlich oder angemessen.

Ein Rechtsgutachten des Verfassungsrechtlers Prof. Ulrich Battis vom 29.11.2010 stellt zudem fest, dass der zweite und dritte Satz der „Demokratieerklärung“ gegen Art. 3 Abs. 1 GG (Gleichheit vor dem Gesetz) verstoßen. Zu einem ähnlich kritischen Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom 13.01.2011.

Aus diesen Gründen hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales der damaligen Senatorin Carola Bluhm am 19.01.2011 Widerspruch gegen die Demokratieerklärung eingelegt, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zurückgewiesen wurde.

Eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin von Mai 2011, welche die Streichung der Sätze 2 und 3 der „Demokratieerklärung“ vorsah (Bundesrats-Drs. 270/11), fand keine Mehrheit.

Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden vom 25.04.2012 (1 K 1755/11) hat nun erstmals ein deutsches Gericht der Position der Bundesregierung widersprochen und die Demokratieerklärung für rechtswidrig erklärt. Das Urteil bestätigt weitgehend die rechtlichen Einwände, die das Land Berlin bereits geltend gemacht hat.

Vor diesem Hintergrund hat das Land Nordrhein-Westfalen eine erneute Bundesratsinitiative zur Streichung der Demokratieerklärung eingebracht (Bundesrats-Drs. 260/125).

Eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik gegen Rechtsextremismus im Land Berlin, bei der die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen im Zentrum steht, wäre bei Fortbestehen der Extremismusklausel in Gefahr. Berlin sollte dem Antrag aus NRW daher beitreten.

Dieser fordert in einem zweiten Punkt die Flexibilisierung des Testierungsverfahrens „Kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen“ (KQB) im Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Berlin hat sich neben anderen Ländern bereits gegen das Testierungsverfahren in der bestehenden Form ausgesprochen, da es für die hiesigen Strukturen ungeeignet ist. Auch dieser Punkt ist daher im Bundesrat zu unterstützen.

Berlin, 23. Mai 2012

U. Wolf H. Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke